

Genfer Konferenz über das frühere Jugoslawien

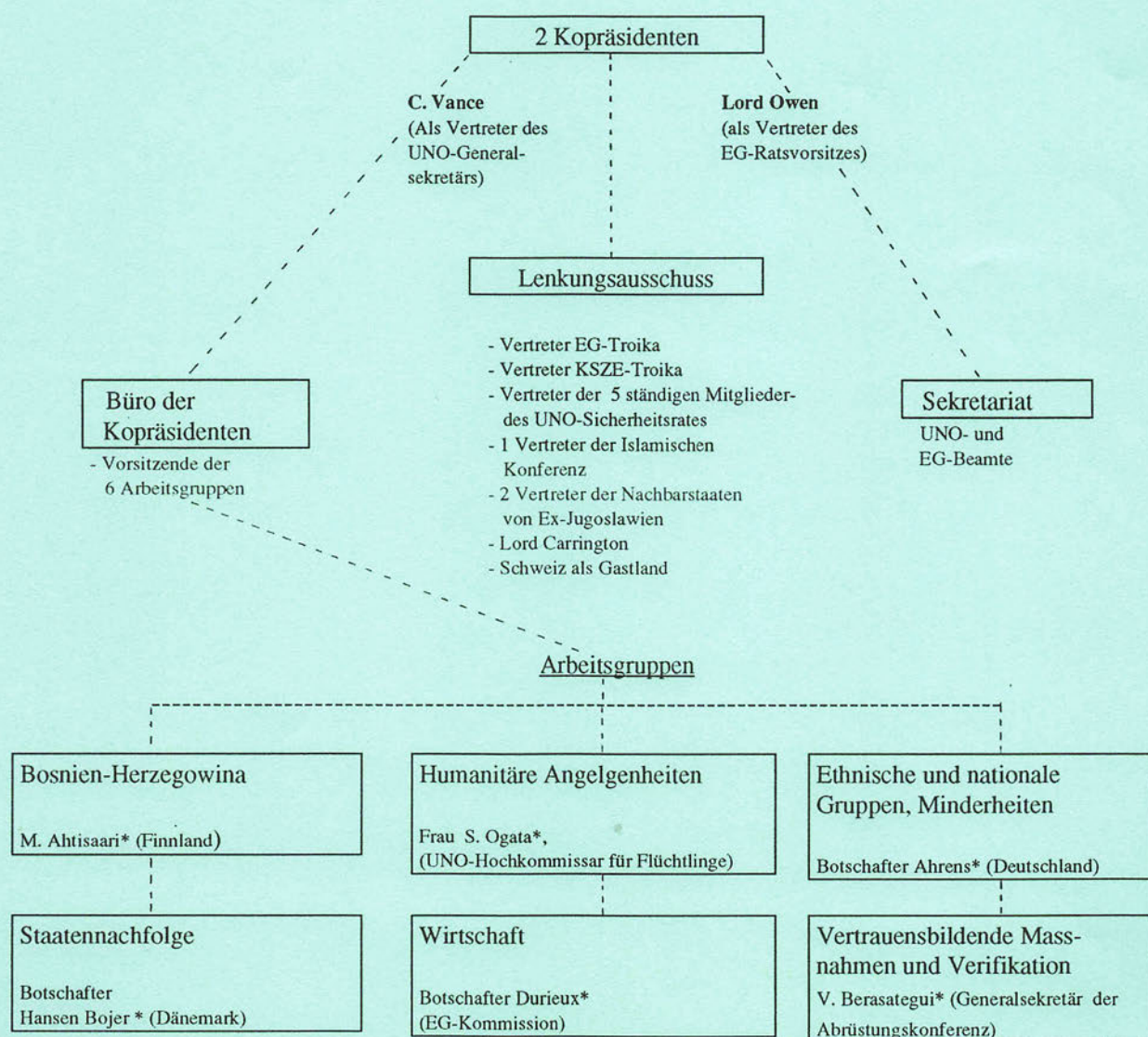
Erste Eindrücke des schweizerischen Vertreters in der Arbeitsgruppe "Minderheiten".

1. Zur Organisation der Konferenz

Die "Internationale Konferenz über das frühere Jugoslawien" steht unter dem gemeinsamen Vorsitz des UNO-Generalsekretärs und des Ratsvorsitzenden der EG. Sie ist die integrierte Fortsetzung der Vermittlungstätigkeiten der EG und der UNO. Gemäss den Beschlüssen von London (26.-28. August) soll die Konferenz solange am Sitz der Vereinten Nationen in Genf tagen, bis "die Probleme des früheren Jugoslawiens eine endgültige Lösung gefunden haben".

Zu diesem Zweck ist in Genf eine permanente Verhandlungsstruktur eingerichtet worden, die wie folgt aussieht:

Struktur der Genfer Konferenz



*Vorsitzender



Der Lenkungsausschuss wird von den Kopräsidenten nach Bedarf einberufen. Er soll Richtlinien geben und die Koordination mit anderen Gremien und Organisationen sicherstellen.

Die Arbeitsgruppen tagen ständig und haben die Aufgabe, in ihren Bereichen Lösungsvorschläge für die Kopräsidenten zu erarbeiten. Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen können in Absprache mit den Kopräsidenten Mitarbeiter und Experten berufen, die von interessierten Staaten und internationalen Organisationen zur Verfügung gestellt werden.

Die Kosten der Konferenz werden unter den Teilnehmern aufgeteilt. Für den speziellen Beitrag, den die Schweiz als Gastland leistet, ist auf den Artikel von Herrn D. Woker zu verweisen.

2. Arbeitsgruppe "Minderheiten"

Der deutsche Botschafter Ahrens hat die Arbeitsgruppe Minderheiten schon in der EG-Phase präsidiert. Aufgrund früherer Tätigkeiten ist er mit den Verhältnissen in Ex-Jugoslawien bestens vertraut und spricht fliessend serbokroatisch. Den Kern seines Mitarbeiterstabes - ein italienischer Botschaftsrat und ein portugiesischer Botschaftssekretär - hat er nach Genf mitgebracht. Bei dieser Gelegenheit wurden zusätzlich ein französischer Botschafter und der Unterzeichnete als schweizerischer Vertreter in die Gruppe berufen. Die personelle Verstärkung soll sicherstellen, dass mit mehreren Minderheiten gleichzeitig verhandelt werden kann.

Gemäss Mandat der Londoner Konferenz hat die Gruppe den Auftrag, Empfehlungen für die Lösung ethnischer Konflikte im früheren Jugoslawien zu erarbeiten. Das Mandat erstreckt sich auf alle Minderheiten, die Probleme haben. Da für Bosnien-Herzegowina eine eigene Gruppe geschaffen worden ist, hat sich die Gruppe Ahrens vor allem mit den folgenden Themen zu beschäftigen:

- Kosovo (Serbien): 85 - 90% Albaner
- Vojvodina (Serbien): 57,2% Serben, 16,9% Ungarn, 4,9% Kroaten, 21,9% andere kleinere Minderheiten (gemäss Volkszählung 1991)
- Krajna (Kroatien): 11 Grossgemeinden mit serbischer Mehrheit
- Sanjak (Serbien/Montenegro): gebietsweise starke Minderheiten von Muslimen
- Mazedonien: 21% Albaner¹

Im Vordergrund stehen somit Minderheiten, die geographisch konzentriert sind und bei denen sich neben der Achtung der allgemeinen Menschenrechte auch Probleme der

¹ Statistische Angaben oder Schätzungen über Minderheiten in Jugoslawien sind mit grosser Vorsicht zu geniessen. Bisherige Volkszählungen waren nicht sehr zuverlässig, in Kosovo haben die Albaner an der letzten gar nicht teilgenommen. Durch ethnische Säuberungsprozesse wird die Zusammensetzung in mehreren Regionen gegenwärtig brutal verändert. Dass es selbst dort, wo die Verhältnisse relativ entspannt sind, zu unterschiedlichen Annahmen kommt, bestätigt Mazedonien. Von den Behörden wird der Anteil der albanischen Minderheit mit 21% angegeben, die Albaner selbst behaupten aber, dass dieser bei 48% liegen würde.

politischen Selbstverwaltung stellen. Einige dieser Minderheiten postulieren die Unabhängigkeit oder den Anschluss an das Mutterland, andere beschränken ihre Forderungen zum vornherein auf lokale Selbstverwaltung.

Neben der Gruppe Ahrens beschäftigen sich auch die Mission Mazowieski sowie die ständigen Beobachter der KSZE mit Menschenrechtsfragen im früheren Jugoslawien. Es entsteht der Eindruck, dass viele Köche am Werk sind. Jede dieser Missionen hat aber unterschiedliche Aufgaben, die sich gegenseitig ergänzen sollen. Die Mazowieski-Mission untersucht allgemeine Menschenrechtsverletzungen in ganz Ex-Jugoslawien. Die KSZE-Beobachter sind ständig auf Platz und überwachen die Anwendung einschlägiger KSZE-Normen, unter denen sich auch Vorschriften über Minderheiten befinden, in Serbien-Montenegro. Das Mandat der Gruppe Ahrens besteht in der Erarbeitung von Vorschlägen, um den Minderheiten nicht nur den Schutz der Menschenrechte, sondern auch ein gewisses Minimum von Selbstverwaltung zu garantieren. Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern und Minderheiten sollen in dieser Gruppe zu Vereinbarungen führen, welche die Regierungen entweder in eigener Kompetenz verwirklichen oder für die sie der Legislativbehörde die notwendigen Gesetzesvorlagen unterbreiten.

3. Bisherige Aktivitäten der Gruppe

In diesem Sinne hat die Arbeitsgruppe in der EG-Phase zunächst an Kapitel 2 des EG-Vertragsentwurfes für eine umfassende Lösung der Probleme in Ex-Jugoslawien gearbeitet. Ausser der Erwähnung der Menschenrechte und verschiedener Schutzbestimmungen für Minderheiten enthält dieses Kapitel eine Serie von Grundsätzen für lokale Autonomiestatute in Gebieten, wo die Minderheiten eine Mehrheit bilden. Diese Prinzipien sind von der Londoner Konferenz bestätigt worden.

Die Gruppe Ahrens hat daneben - wie bereits angetönt - mit Regierungsvertretern und einzelnen Minderheiten verhandelt, um auf dieser Grundlage konkrete Vereinbarungen zu erzielen. Ein recht guter Einstieg erfolgte mit Mazedonien, wo sich alle Parteien an konstruktiven Lösungen interessiert zeigten.

Seit Beginn der Genfer-Phase konzentriert sich die Gruppe Ahrens vor allem auf Kosovo. Dies ist der ausdrückliche Wunsch der Kopräsidenten, weil dort die Situation immer explosiver wird. Seit 1990 betrachten sich die Kosovo-Albaner als unabhängig und boykottieren die Einrichtungen der serbischen Staatsorgane, deren Politik für die düstere Entwicklung massgebend verantwortlich ist.

Das öffentliche Erziehungs- und Gesundheitswesen für Albaner in Kosovo steht praktisch still. Der grössere Teil der Kosovo-Albaner ist arbeitslos.

In dieser Situation hat die Gruppe Ahrens in den letzten Wochen versucht, in einem ersten Schritt das Erziehungswesen zu normalisieren. Sie erhoffte sich daraus vertrauensbildende Effekte, um den Dialog zwischen den Parteien in Gang zu bringen. In drei Treffen in Genf, Pristina und Belgrad ist der Durchbruch bisher nicht gelungen. Auf beiden Seiten war anfänglich Verhandlungsbereitschaft festzustellen, inzwischen haben sich aber die Fronten verhärtet, nicht zuletzt weil in Serbien-Montenegro für Dezember Wahlen angekündigt worden sind und die serbischen Extremisten an einer wirklichen Lösung der Probleme kein Interesse zeigen. Während der Wahlkampagne wird es

äusserst schwierig sein, in Restjugoslawien Minderheitenprobleme zu behandeln. Die späteren Aussichten hängen stark vom Ausgang der Wahlen ab.

Alle Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens weisen Minderheiten auf. Damit sollten sich eigentlich gemeinsame Interessen ergeben. Dauerhafte Lösungen dürften aber nur möglich sein, wenn neben den Individualrechten auch gewisse Kollektivrechte, insbesondere bezüglich der politischen Selbstverwaltung, garantiert werden. In beiden Bereichen erscheint wenigstens zeitweise eine internationale Verankerung notwendig, was bedeutet, dass neue Mechanismen für den Minderheitenschutz zu entwickeln sind.

Original direkt weitergeleitet

POLITISCHE ABTEILUNG III
p.B.73.Young.O. - RIA/BMO

Bern, 6. November 1992

Notiz an Presse- und Informationsdienst

"La Suisse et le Monde" (Nr. 4/1992)

Gemäss Ihrer Anfrage vom 12.10.92 erhalten Sie in der Beilage den Beitrag des Unterzeichneten über die Genfer Jugoslawien-Konferenz.

Mit freundlichen Grüssen

A. Ritz
(A. Ritz)

P.S. Passports werden in nächsten Tagen
nachgeliefert.

Beilage:

1 Bericht über Genfer Jugoslawien-Konferenz

Kopie:

GRN, WOK